



DEBATTE

HANNES ANDROSCH
über Sparauflagen, die die
Probleme noch verschärfen



Eine Kurskorrektur ist dringend nötig

Seit vier Jahren sind wir mit wirtschaftlichen Problemen konfrontiert, mittlerweile hat sich die Weltwirtschaft insgesamt abgeschwächt. Die Krise begann in Amerika mit dem Platzen einer Immobilienblase. Nach der Pleite von Lehman Brothers 2008 gerieten auch europäische Banken in deren Sogwirkung. Diese brachte wiederum die Schuldenkrise der öffentlichen Finanzen an den Tag.

Ein völliger Wirtschaftskollaps konnte mit raschen Notmaßnahmen zwar abgewendet werden, die ursächlichen Gründe der Krise blieben aber ungelöst. Dazu zählen eine vielfach unsolide Finanzindustrie, die Schief lagen zahlreicher Staatsfinanzen, volkswirtschaftliche Ungleichgewichte. Einige Länder wie etwa Deutschland, die Schweiz,

„Monetärer Provinzialismus in Verbindung mit eigenbrötlerischen Nationalinteressen würde unser Land in den Abgrund reißen.“

aber auch Österreich konnten sich zunächst erfreulich rasch wieder erholen, viele aber nicht. Wichtige Gründe dafür sind zu langsame und zu geringe Hilfs- und Rettungsmaßnahmen. Diese waren zudem mit exzessiven Sparauflagen verbunden, die die Probleme in der Regel noch verschärfen. Die hohen Zinsen, die stark verschuldeten Staaten auferlegt wurden, zogen in Summe oft höhere Belastungen mit sich, als bei Ausgaben eingespart werden konnte. Ohne Wirtschaftswachstum kann man aber nicht in die Schulden hineinwachsen, um sich diese leisten, also die Zinsen und Tilgungsraten bezahlen zu

können. Daher kam es zu einer zweiten, diesmal selbst verschuldeten Rezession.

Eine Kurskorrektur ist daher dringend nötig. Dazu braucht es aber die Kunst eines Spagats zwischen Einsparungen und Investitionen, also der Ankurbelung des Wirtschaftswachstums durch Ausgabenerhöhungen in Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie. Zur Umsetzung muss jedes Land seine Hausaufgaben selbst erledigen. Aufgrund der starken wirtschaftlichen Verflechtungen bedarf es zusätzlich aber auch einer breiten Zusammenarbeit innerhalb der EU. Ein gemeinsamer Wirtschaftsraum braucht eine gemeinsame Währung. Diese braucht als Widerlager einen gemeinsamen politischen Rahmen sowie ein Mindestmaß gemeinsamer Wirtschaftspolitik und Finanzdisziplin, ebenso ein europäisches Bankensystem, vor allem aber auch Solidarität. Ein Zerfall der Euro-Zone wäre ein Rückfall mit desaströsen Folgen.

Es ist eine Illusion zu glauben, ein Staat wie Österreich könnte im Alleingang die Probleme und noch dazu mit einer eigenen Währung lösen. Monetärer Provinzialismus in Verbindung mit eigenbrötlerischen Nationalinteressen, die auf Souveränitätsallüren beruhen, würden unser Land nicht stabilisieren, sondern in den Abgrund reißen. Unverantwortlich handelt auch, wer die Angst vor Inflation schürt, die angesichts der rezessiven Lage unbegründet ist.

Hannes Androsch, Industrieller und Finanzminister von 1970 bis 1981